

Leipziger Tageblatt

und

handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 152

Hauptredakteur: Dr. Eberth, Leipzig

Montag, den 7. April

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1919

Bayern — Räterepublik

München, 7. April. (Druckschrift.) Nach Mitternacht ist im Wittelsbacher-Palais in Anwesenheit des Münchener Zentralrates sowie von Mitgliedern der bayerischen sozialistischen Partei und des revolutionären Arbeiterrates die bayerische Räterepublik ausgerufen worden. In den von der königlichen Familie früher bewohnten Räumen herrscht reges Treiben.

München, 7. April. (Druckschrift.) Die Correspondenz Hoffmann meldet amlich:

Telegramm an sämtliche Arbeiterräte.

Das werktätige Volk Bayerns hat seine Parteien überwunden und sich zu einem mächtigen Einheitsblock gegen jede Herrschaft und Ausbeutung zusammengezlossen. Es übernimmt in den Arbeiter-, Soldaten- und Bauerträte die ganze öffentliche Gewalt. Der Landtag wird aufgelöst. An Stelle des Minister treten die Kommissare und Beauftragten des Volkes. In den öffentlichen Angelegenheiten herrscht vollkommene Ordnung. Die Wirtschaft und die Verwaltung werden fortgeführt. Alle Angestellten und Beamtenverbände des Landes haben sich mit den Arbeitern solidarisch erklärt und gewährleisten gemeinsam den Schuh und den Fortgang der Produktion. Die Betriebe werden durch Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten kontrolliert und gemeinsam mit der Leitung verwaltet. Alles gehört der Gemeinschaft, darum ist jede selbständige Sozialföderation ausgeschlossen. Die Arbeiter-, Soldaten- und Bauerträte haben die Pflicht, überall für den Schuh der Räterepublik und für rege Entwicklung zu sorgen. Sie übernehmen die örtliche Gewalt und kontrollieren die Verwaltung. Sie sind dem werktätigen Volk für alle Handlungen und Unterlassungen verantwortlich. Montag, der 7. April, ist Nationalfeiertag. Die Arbeit ruht an diesem Tage. Die Eisenbahnen, die Nachrichten-, Wasser-, Licht- und Heizbetriebe versorgen das Volk weiter.

Der revolutionäre Zentralrat Bayerns.

J. A. Niekisch.

Das Programm der neuen Räterepublik

w. München, 7. April. (Druckschrift.) Der revolutionäre Zentralrat Bayerns veröffentlicht in der heutigen Morgennummer der "Münchener Neuesten Nachrichten" folgenden

Aufruf an das Volk in Bayern.

Die Entscheidung ist gefallen. Bayern ist Räterepublik. Das werktätige Volk ist Herr seines Geschickes. Die revolutionären Arbeiter- und Bauerträte Bayerns, darunter auch unsere Brüder, die Soldaten, sind durch keine Parteigegenseite mehr getrennt, sind sich einig, daß eine legale Ausbeutung und Unterordnung ein Ende haben muß. Die

Diktatur des Proletariats,

die nun zur Tatsache geworden ist, beweist die Verwirklichung eines wahnsinnigen sozialistischen Gemeinwesens, in dem jeder arbeitende Mensch sich am öffentlichen Leben beteiligen soll, einer gerechten sozialistischen Wirtschaft.

Der Landtag, das unstrichbare Schild des überwundenen bürgerlich-kapitalistischen Zentralrats, ist aufgelöst, das von ihm eingesetzte Ministerium zurückgetreten. Die von verantwortlichen Vertreternmannen geführten Arbeiterräte erhalten als Volksbeauftragte für bestimmte Arbeitsgebiete außerordentliche Vollmachten. Ihre Gehilfen werden bewährte Männer aus allen Richtungen des revolutionären Sozialismus und Kommunismus sein. Die zahlreichen stolzen Kräfte des Beamtenums, jenseits der unteren und mittleren Beamten, werden zur laufenden Mitarbeit im neuen Bayern aufgerufen. Das Sollten der Bureaucratie wird aber unverzüglich aufgestellt. Die Presse wird sozialisiert. Zum Schuh der bayerischen Räterepublik gegen reaktionäre Verbündete von innen und von außen wird sofort eine Rote Armee gebildet. Ein

Revolutionärer Rat

wird jeden Anschlag gegen die Räterepublik sofort rücksichtslos abwenden. Die bayerische Räterepublik folgt dem Vorspiel der russischen und ungarischen Volker. Sie nimmt sofort die besondere Verbündung mit diesen Völkern auf. Dagegen

lehnt sie jedes Zusammenarbeiten mit der vorstädtischen Regierung

Ebert-Schleidemann ab.

Weil diese unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militärische Geschäft des Schmach zusammengebrochenen deutschen Kaiserreiches fortsetzt. Sie rastt alle deutschen Brüdervölker an, den gleichen Weg zu gehen. Allen Proletarien, wo immer sie für Freiheit und Gerechtigkeit, wo immer sie für revolutionären Sozialismus kämpfen — in Würtemberg und im Ruhrgebiet, in der ganzen Welt, entzieht die Bayerische Räterepublik ihre Gräte. Jem Zeichen der freudigen Hoffnung auf eine glückliche Zukunft für die ganze Menschheit wird hiermit der

7. April zum Nationalfeiertag

erklärt. Zum Zeichen des beginnenden Abschieds vom nachwährenden Zeitalter des Kapitalismus ruht am Montag, den 7. April, in ganz Bayern die Arbeit, soweit sie nicht für das Leben des werktätigen Volkes notwendig ist, wosüber gleichzeitig nähere Bestimmungen ergehen.

Es lebe das freie Bayern!

Es lebe die Räterepublik!

Es lebe die Weltrevolution!

München, 7. April. (Druckschrift.) Der Sonntag der Sozialdemokratischen Partei Südbayerns hat mit 240 gegen 13 Stimmen beschlossen, der Gründung einer Räterepublik zu zustimmen unter der Bedingung, daß die Unabhängige sozialdemokratische Partei und die kommunistische Partei an der Durchführung der Räterepublik mitwirken.

Am Ziel

München, 7. April. (Eigener Druckschrift.) Die politische Entwicklung hat in Bayern das Ziel erreicht, das von dem Flügel der äußersten Linken eigentlich schon seit dem 7. November angestrebt worden ist: Die Räterepublik. Wie am 8. November 1918 Bayern als freier Volksstaat erwachte, so am 7. April 1919 als Räterepublik. In Ruhe, ohne daß auch nur ein Schuß gesessen wäre, hat sich die

Wandlung vom Volksstaat zur Räterepublik vollzogen. Über die letzten Geschehnisse kann man sich kurz fassen: Landtag und Regierung hatten Sonnabend und Sonntag Besprechungen, in denen festgestellt wurde, daß der Landtag durch seine beabsichtigte Plenarsitzung der Regierung nicht in den Rücken fallen wollte. Aber die Lage an sich war weiter fortgeschritten, als man scheinbar im Landtag wußte. Noch Freitag nacht waren in das ganze Land vom Zentralrat Redner entstanden, die für die Räterepublik die Massen aufklärten. Ihre bis Sonntag beim Zentralrat in München telegraphisch eingetroffenen Berichte waren glänzend. Am Sonntag nachmittag erklärte bereits der Vorsitzende des Zentralrats Niekisch, daß die Entscheidung unmittelbar bevorstehen. Am Sonntag nachmittag fanden noch im Zentralrat Besprechungen mit sozialistischen Parteiführern statt, als deren Ergebnis die Ausrufung Bayerns zur Räterepublik geltend gemacht wurde. In der Nacht vom 7. zum 8. November wurde die Spiegele des Gebäudes von der revolutionären Dreifheit (Arbeiter, Soldat und Bauer) gestürzt. Am 21. Februar wurde durch die Sprengung des Landtags dem demokratischen Gedanken der Todesstoß versetzt. Denn jener Landtag, der auf Grund einer ironischen Teilung der Gewalten zwischen Volksvertretung, Ministerium und Zentralrat am 17. März sich wieder versammelte, hatte nur mehr den Schatten der Souveränität, die ihm das gesamte Volk durch die Wahlen vom 12. Januar zugeworfen hatte. Am 4. April hat der Zentralrat tatsächlich die Regierungswelt, die er nie formell zurückgegeben hatte, wieder an sich genommen und es erreicht, daß der Landtag auf eine, zur Befreiung von Interpellationen geplante, kurze zwei- bis dreitägige Tagung verzichten mußte. In diesem Augenblick hat sich die Ohnmacht des Kompromisses, das Landtag und Regierung versuchungsmäßige Arbeit ermöglichen sollte, offenbart, hat sich der Zentralrat als stärkster Partner im Spiel um die Gewalt in Bayern erwiesen.

Das kommunistische Bayern

Von unserem Münchener Mitarbeiter.

München, 8. April.

"Selbst 3 Monaten wog das proletarische Meer gegen die Mauern des Staates!" Mit diesen Worten hat am Sonnabend der Spartakusführer Dr. Levi in die Lage in Bayern gekennzeichnet. In der Nacht vom 7. zum 8. November wurde die Spiegele des Gebäudes von der revolutionären Dreifheit (Arbeiter, Soldat und Bauer) gestürzt. Am 21. Februar wurde durch die Sprengung des Landtags dem demokratischen Gedanken der Todesstoß versetzt. Denn jener Landtag, der auf Grund einer ironischen Teilung der Gewalten zwischen Volksvertretung, Ministerium und Zentralrat am 17. März sich wieder versammelte, hatte nur mehr den Schatten der Souveränität, die ihm das gesamte Volk durch die Wahlen vom 12. Januar zugeworfen hatte. Am 4. April hat der Zentralrat tatsächlich die Regierungswelt, die er nie formell zurückgegeben hatte, wieder an sich genommen und es erreicht, daß der Landtag auf eine, zur Befreiung von Interpellationen geplante, kurze zwei- bis dreitägige Tagung verzichten mußte. In diesem Augenblick hat sich die Ohnmacht des Kompromises, das Landtag und Regierung versuchungsmäßige Arbeit ermöglichen sollte, offenbart, hat sich der Zentralrat als stärkster Partner im Spiel um die Gewalt in Bayern erwiesen.

Der Zentralrat ist eine Schöpfung der Revolution in weitaus höherer Maße als Ministerium und Volksvertretung. Er ist aus dem Rädgedenkern hervorgegangen und streute naturgemäß zur Räterepublik Bayern. Gestützt auf die proletarischen Massen, die zurzeit die politische Herrschaft in den Händen haben, begünstigt durch die fortwährende Radikalisierung auch in den Beamten- und kleinbürgerlichen Kreisen, durch die Diskreditierung des Parlaments aus eigener und fremder Schuld, hält er nunmehr den Augenblick für gekommen, den Landtag beiseite zu schließen und ein Ministerium von Volksbeauftragten nach eigener Wahl zu bilden. Die Räterepublik Bayern soll die sofortige Vollsozialisierung bringen.

Der Zeitpunkt dieser dritten Revolution, die mit der Erklärung des Zentralrates vom 4. April begonnen hat, ist von den Führern klug gewählt. Das Beispiel Ungarns mußte verwertet werden so lange es seine Anziehungskraft auf die Massen noch nicht verloren hatte. Die Verbesserung in der Stimmung des Proletariats, die durch die Hebung der Ernährung und die Wiederaufnahme der Arbeit in den nächsten Tagen und Wochen zweifellos erfolgt wäre, — über eine halbe Milliarde Mark für Notstandsarbeiten haben Regierung und Landtag bereitgestellt und Auslandslebensmittel haben Bayern bereits erreicht — durfte nicht zur Wirkung kommen. Die Verzögerung des Friedensschlusses, der vorerst unbedrängende Tatsachen geschaffen und die Weltrevolutionäre vielleicht zu einer neuen Taktik gewungen hätte, trat beginnend hinzu. Ist es doch eines der stärksten Argumente, mit denen dem bayerischen Proletariat die Räterepublik erwünscht gemacht wird, daß der Sieg des Rädgedenkens in Bayern die Weltrevolution näher bringt, den Imperialismus der Entente stürzen und einen Frieden von Volk zu Volk ohne Annexions und Entschädigungen ermöglichen soll.

Der Novemberrevolution hoffte von Anfang an das soziale Moment an. Die Massen haben die soziale Hilfe, die ihnen durch den Achtstundentag, durch die Verbesserung ihrer Rechte in den Betrieben, durch erhöhte Löhne, durch Bevorzugung bei der Verteilung von Lebensmitteln, durch Straflosigkeit auf dem Gebiete der Kriegsnotgesetze, durch vermehrten Schutz gegen Vermietterwillkür, durch Wohnungsfürsorge und anderes mehr gewöhnt wurde, als etwas Selbstverständliches hingenommen, ohne sich um die Ausbringung der ungeheurenden Mittel, die die Gesamtheit befreiten, zu kümmern. Das Nichtstun gegen die Regierung ist nicht nur geblieben, es ist nach der Ermordung Eisners stärker geworden. Regierung und Landtag haben gefehlt, was in ihren Kräften stand, um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu setzen. Aber sie haben nicht das Verständnis bei den Massen gefunden, daß Zahlungsmittel an sich wertlos sind, daß sie ihren Wert erst durch produktive Arbeit erhalten. Vielleicht liegt die Arbeitsunlust, die noch große Teile des Volkes beherrscht, sowohl in den Nachwirkungen eines vierjährigen Krieges mit seiner einseitigen, auf Zerstörung und Herstellung von Zerstörungsmitteln, nicht auf produktiven Arbeit gerichteten Überspannung der Kräfte, vielleicht aber auch daran, daß die Revolution für die Massen politisch bisher noch nicht abgeschlossen war.

Diese Ueberlegung berührt die geistige Seite der dritten Revolution. Es ist nicht an dem, daß die Volksmassen heute zu die materielle Verbesserung ihrer Lage im Auge haben. In vielen lebt ein starkes und tiefses Gefühl dafür, daß die Revolution auch einen neuen Menschheitszyklus von proletarischem Anteile schaffen soll, der endgültig auf den Kampf in jeder Form, sei es um die Befreiung des Volksangeans im Kriege nach außen, sei es um die Befreiung der Volksangeans im wirtschaftlichen und politischen Kampf nach innen, verzichten kann, weil er eine Wirtschafts- und Gesellschaftsform, die den dauernden politischen und sozialen Frieden verbürgt, an die Stelle des alten imperialistischen und individualistischen Bürokraten- und Kapitalistenstaates setzt will. Hier taucht zum ersten Male der Kommunismus auf, der der dritten Revolution unter Umständen das entscheidende Gepräge gibt.

Es ist interessant, die Wandlungen festzustellen, die der Rädgedanke in Bayern seit dem Novemberumsturz bei den linksstehenden Parteien erfahren hat. Die Mehrheitssozialisten haben ursprünglich das Rädgedenkens als beherrschenden Faktor abgelehnt. Sie stellten die Demokratie, den Parlamentarismus, die Gleichberechtigung aller, auch der bürgerlichen Parteien, an der Leitung von Staat und Wirtschaft voran. Heute sind die Mehrheitssozialisten ebenfalls Verfechter der Rädere-

gebilheit, die

Verbindung mit Rußland und Ungarn aufgenommen und gegen die Regierung Ebert-Schleidemann Stellung genommen und jede Zusammenarbeit mit dieser Regierung abgelehnt, weil sie unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militärische Geschäft des in Spannungsgebrochenen Kaiserreiches fortsetzt. Der heutige Montag wird zum Nationalfeiertag erklärt. Alle Arbeit außer dem Eisenbahnverkehr und die Versorgung mit Wasser, Licht, Kohle und Lebensmitteln hat zu ruhen. Das 1. Infanterie-Regiment verlangt, als erstes Regiment der Roten Armee zugeliefert zu werden, und fordert die Umbenennung der Kaserne in "Kurt-Eisner-Kaserne", Aufhebung aller Offiziersvorrechte und sofortige Einstellung der Gehaltszahlung an Offiziere, Neuregelung des Mannschaftsversorgungsgesetzes unter Gleichstellung mit den Offizieren, Aufhebung der Demobilisationsordnung, obliegend daß keine Soldaten zwangsweise entlassen werden, bevor ausreichende Arbeitsgelegenheit geschaffen ist. Die Münchener Kommunisten fordern für die Bildung der Regierung ein Provisorium von 9 Volksbeauftragten, Entwaffnung sämtlicher Bürger, einschließlich Offiziere und Studenten, vollständige Umwandlung der kapitalistischen Volkswirtschaft in eine kommunistische, und zwar mit radikalsten Mitteln. Schon am letzten Sonnabend wurde von kommunistischer Seite die neue Ministerliste mitgeteilt, die allerdings noch nicht eröffnig sein kann. Interessant ist nur, daß nach dieser Liste 12 Volksbeauftragten an der Spitze der Räterepublik stehen sollen. Zu den bisherigen Ministern kommen also neu hinz ein für Volksaufklärung, für das der anarchistische Schriftsteller Landau genannt wurde, und eines für Sozialisierung. Von dem bisherigen Kabinett Hoffmann sollen lediglich, so heißt es, der Minister des Innern, der Sozialminister, der Verkehrsminister, der Landwirtschaftsminister, der Militärminister und der Handelsminister übernommen werden. In dem neuen Kabinett soll Professor Dr. Jaffé Finanzminister werden. Von der alten Regierung waren am Sonntag nur noch die Minister Frauendorfer und Unterleinert in München.

Als neues charakteristisches Zeichen hat zu gelten, daß der radikale Teil der Beamtenschaft sich an dieser dritten Umwandlung beteiligt. Die Beamtenschaft will der Aufforderung zur Mitarbeit in den neuen Bayern, wenn ihre Beamtenscze gewahrt bleibt. Der Zentralrat hat Sonntag nacht an sämtliche Arbeiterräte Bayerns die oben mitgeteilte Aufforderung erlassen, der zu folge alle Gewalt in die Hände der Räte gelegt ist. Würtemberg und im Ruhrgebiet, in der ganzen Welt, entzieht die Bayerische Räterepublik ihre Gräte. Jem Zeichen der freudigen Hoffnung auf eine glückliche Zukunft für die ganze Menschheit wird hiermit der

Enteignungsgesetz bereits ausgearbeitet sein. Es hat folgenden Wortlaut:

Jedes Vermögen (Vermögenswerte über 10 000 Mark) wird festgestellt. Aus dem Vermögen soll gestopft nach der Höhe eine Vermögensabgabe erhoben werden. Der Rest wird dem Inhaber vom Staat mit drei bis vier Prozent verzinst. Das Vermögen selbst gehört dem Staat. (Siehe auch Seite 2)

Schaft, nicht weil sie ihre Stellungnahme zum Adressenbogen grundlegend geändert hätte, sondern aus taktischen Gründen, die in der Abwanderung der Massen nach links liegen, wo die Räterepublik von jeder belästigt war. Sie erkennen deutlich die Gefahren, die dem demokratischen Gedanken und damit der Grundlage ihrer Parteigemeinschaft aus der Diktatur des Proletariats entwachsen und suchen ihnen dadurch zu begegnen, dass sie nunmehr selbst die Führung in der neuen Regierungsbildung für sich zu retten suchen. Die Haltung der unabhängigen Sozialdemokraten ist von ähnlichen Erwägungen beeinflusst. Ihre Lage ist leichter, da sie von Haus aus die Parlamentariedemokratie befürworten und nur mit großem Widerstreben die Vereinbarung annahmen, die den Zusammenschluss des Landtages am 17. März ermöglichte. Die Partei der Unabhängigen ist mehr und mehr das Sammelbecken jener Allianzen geworden, die das Vertrauen zur Stärke der alten Sozialdemokratie verloren haben und der Übergang durch Partei- und Gewerkschaftsführer überdrüssig geworden sind. Eindeutig in den Zielen, unbestimmt aber in der augenblicklichen Taktik, ist die kommunistische Partei, die als Spartakus- und zwei Strömungen des äußeren Radikalismus in sich vereint. Die kommunistischen Führer haben niemals ein Heil daraus gemacht, dass sie die Parlamentariedemokratie als durchaus überlebt an sich und als durch die revolutionären Ereignisse in Bayern völlig überholt ansahen. Sie haben aus der Unwollung vom November, aus dem ganzen weiteren Verlauf der Revolution die Folgerungen gezogen, die ihrem Programm entsprachen.

In Augsburg wurde bereits am dritten Aprilabend der Auftakt zur dritten Revolution gegeben. Den Anfang bot der Widerstand, der im Sozialisierungsausschuss des Landtages dem neuartigen Betriebsverfassungsgesetz entgegengesetzt wurde. Der bürgerlichen Mehrheit und den gemischten Sozialdemokraten im Landtag gaben diese Sozialisierungssatzung zu weit, den Radikalen erscheinen sie als "geniales Spiel des Kapitalismus". Zwischen dem Aufstand in Augsburg und der Erklärung des Zentralkomitees, der den Zusammenschluss des Landtages verbietet, lag nur ein Tag. Der Vorsitzende des Zentralkomitees Altenbergs, der an den Ereignissen in Augsburg maßgeblich ist, hat ausgesagt, man sei nun endlich der Widerstände gegen die Sozialisierung bewusst, der Landtag werde überhaupt nicht mehr zulässig sein. Und zwar ist auch eine Niederlage des Bolschewismus uns nicht einiges Verwicklungen, neue Kämpfe mit Wassengewalt, von außen hineingestragen und von innen entstanden. Und wir fürchten, dass auch eine Niederlage des Bolschewismus uns nicht ein anderes Ubel bringen könnte: die Reaktion.

Dass für die Aussetzung der Räterepublik die Einigung des gesamten Proletariats unerlässliche Voraussetzung ist, war Mehrheitssozialisten und Unabhängigen von vornherein klar. Sie müssten die Kommunisten in die Gemeinschaft, die zur absoluten Herrschaft führen sollte, mit aufnehmen, nicht so sehr wegen der bisherigen numerischen Stärke dieser Partei, als wegen der Anziehungskraft des kommunistischen Programms auf die Massen. Die Kommunisten haben als Räterepublik in Bayern die russische und ungarische Sowjetregierung im Sinn. Davor haben sie für ihre Beteiligung Bedingungen gestellt, deren Annahme durch die anderen sozialistischen Parteien für die Kommunisten, trotz ihrer numerischen Unterlegenheit, die Gewinnung der Südwähler und die Kommunizierung Bayerns, für die Sozialisten den Verzicht auf den leichten Rest ihres demokratischen Programms und die Unterordnung unter den proletarischen Kommunismus bedeuten würde. Werden die Bedingungen der Kommunisten angenommen (das ist offenbar geschehen. Die Schriftleitung), dann ist die Räterepublik nach russisch-ungarischem Muster da. Es wird dann Wirklichkeit das kommunistische Programm, das weit über die "Vollsozialisierung" hinausgeht, die sofortige Trennung von Kirche und Staat, ein Bündnis mit Rußland und Ungarn, die Schaffung einer roten Armee vorstieß und in seinen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Ausrichtungen Bayern nicht nur vom Reich isoliert, sondern die demokratische Reichsgewalt gegen das kommunistische Bayern zur leichten Entfernung aus den Plan rufen.

E. E. Der erste Aufruf des revolutionären Zentralkomitees an das bayerische Volk enthält eine Art Kriegserklärung an die Reichsregierung und damit an das Reich, solange die jetzige Regierung am Amt bleibt. Die bestreitende Wendung ist von denkbar größter Schärfe: Die Regierung wird unter Namensnennung als "verächtlich" bezeichnet, und das Wort "Schmach" folgt gleich hinterdrein. Eine Radikalisierung pflegt die andere, gegenläufige hervorzurufen, und so dürfte in der Reichsregierung vorausgeschaut, dass sie sich hält, die Richtung Noske für die nächste Zeit die Oberhand gewinnen. Eine wichtige Frage in diesem Zusammenhang und eine der wichtigsten überhaupt ist die nach der Haltung Nordbayerns. Schließlich Frankens der Bewegung nicht an, so zerfällt zunächst Bayern. Schließlich kann in anderen Bundesstaaten geschehen. Dann hätte also die staatliche Auflösung des Reiches im großen geschehen fort. Doch hätte eine starke Räteregierung in diesem Fall es verhältnismäßig leichter, fränkische Herden des Umsturzes zu stoppen und zu bekämpfen. Folgt dagegen Nordbayern der Münchner Umwälzung, so wird die Ansiedlung noch viel sicherer und schneller über die Grenzen Gefäßbündens hinausgreifen. Man wird sich jedenfalls auf die Möglichkeit eines rasenden Tempos gefasst machen müssen. Denn das Tempo steht natürlich in bestimmten Verhältnissen zu dem radikalen Radikalismus der Bewegung, und das dieser kaum überboten werden kann, das bedarf ja keines Wortes. Der Nachschub des russischen und ungarischen Beispiels fehlt nur noch die äußerliche Anarchie und – das nationalistische Ziel! Bayern ist also in gewissem Sinne erheblich reiner bolschewistisch als Ungarn.

Die Münchner dritte Revolution ist selbst den Bolschewisten überallhin eilig gekommen. Man hatte sich seit Ungarns Fall zwar die Entwicklung sehr beschleunigt gedacht, aber doch nicht geplänt, dass sie gleich ohne Zwischenstopper, wie mit einem gewaltigen Schlag, Deutschland ergreifen werde. Man glaubte, zunächst werde

Angeregte Fragen auf der Friedenskonferenz

Haag, 7. April. (Eigener Drahtbericht.) Man hofft in Paris, bis Ende dieser Woche der Friedensvertrag fertig sein, und dann Deutschland vorgelegt werden wird. Allerdings hat weder der Völkerbundensitz noch die Schadensersatzfrage schon geklärt, ebenso wenig das Schädel-Danzig und Flümmes. Heute die Frage der Entschädigungsforderungen an Deutschland scheint nunmehr einzige zu sein, jedoch nicht über die Verteilung. Was der Völkerbundsentwurf anzeigt, ist über die Frage der Einbeziehung der Monroe-Doktrin noch nichts bekannt. Sicher ist aber, dass Japan auf Klippierung des eigenen Einflussbereiches besteht, und weder England noch Amerika will dazu haben. Trotz der gegenwärtigen Ansichten ist darum nicht unwahrscheinlich, dass zunächst nur ein Teilfrieden, ähnlich mit Deutschland, gemacht wird, der dann irgendwie mit späteren Gesamtfrieden verbunden wird.

Der Vertrag, der Deutschland vorgelegt werden soll, zerfällt in 3 Abschnitte in folgender Reihenfolge: Heer, Schadensersatzbund. Die Abteilung Heer zerfällt in Landarmee, Flotte und Luftstreitkräfte. Deutschland wird besondere Bestimmungen über die Arbeitersfrage, Wehrerwege und Schuldfrage zu untersuchen haben. Selegentliche Bemerkungen in der letzten Zeit sowohl der amerikanischen als auch der britischen Presse lassen darauf schließen, dass der vorliegende Plan, Deutschland keinerlei Verhandlungen zu erlauben, sondern es einfach unterzubringen zu lassen, in der Tat ausgegeben ist. Von Oberst House liegt jetzt eine Erklärung in gleicher Richtung vor. Er meint, dass man Deutschland mindestens soviel Spiel,

die Ukraine folgen, wo die Entente ihre Truppen vor dem Bolschismus hat zurückziehen müssen, dann werde etwa Galizien, den russischen Meldungen folge, reif sein; darauf würden Rumänen und die Tschecho-Slowakei dranhören, und über Österreich und Polen auch Deutschland ersicht werden. Nun hat sich gezeigt, dass die Ansiedlung nicht nur von Land zu Land weiterzieht, sondern dass die große Zwischenräume überspringt. Und ähnlich kann in Deutschland selber das erste Beispiel weiterwirken. Auch außerhalb Münchens ist schon mit Spannung das Signal erwartet worden, und vielleicht dürfen gar gewisse Teile Sachsen besonders gespannt darauf sein, wo nun das zweite Kanal ansteigen wird.

Wie wird der Eindruck bei der Entente sein, die ja auf einmal sehr viel näher bedroht erscheint, als sie sich noch vor kurzem einstellen ließ? War Ungarn für sie eine äußerst peinliche Überraschung, so dürfte sie jetzt einige Anlass finden, zu erschrecken. Man mag sich darüber sagen, dass man selber rechtlich mitgeholzen hat, diese Entwicklung zu ermöglichen und zu beschleunigen. Ein schwerer Trost, sowohl für die Entente wie für uns. Wir fürchten hingegen, neue Kämpfe mit Wassengewalt, von außen hineingestragen und von innen entstanden. Und wir fürchten, dass auch eine Niederlage des Bolschewismus uns nicht einen anderen Ubel bringen könnte: die Reaktion.

Die Stellung der bayerischen Presse

Die gesamtbayerische Presse, vertreten durch alle Schriftleiter und Mitarbeiter, nahm bereits am Sonnabend zu der Kündigung Stellung und wählte einen Aktionsausschuss, bestehend aus 2 Redakteuren und 2 Mitarbeitern, der die Ausgabe hat, sich sofort mit den Gewerkschaften wegen Ansöhnung in Verbindung zu setzen, und bei den neuen Machthabern die Standesinteressen zu vertreten. Der Vorsitzende des Zentralkomitees zeigte sich dem Aktionsausschuss gegenüber unerhörtlich entgegenkommen und erklärte, dass an eine

Verschränkung der Presselfreiheit nicht gebraucht werde, dass aber die Frage des Raumtauschusses zu beantworten sei, und zwar so, dass bestimmte Auskündigungsauflagen, die zu einer Verhinderung der Presselfreiheit nicht gehören.

Ablösung der Räterepublik in Nordbayern

Nürnberg, 7. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Bekämpfung der Auskunft der Räterepublik in Bayern ist von einem örtlichen Arbeitervorstand und von der Mehrzahl der nordbayerischen Garnisonen verwirkt worden. In Passau, Würzburg und Nürnberg erscheinen auch heute entgegen dem Aufruf der Münchener Räteregierung die Zeitungen wie immer.

Weiter wiegt gemeldet: In Nürnberg ist eine Einigung zwischen Bäuerlichen und Mehrheitssozialistischen zusammengekommen, die die Räterepublik ablehnen. Es wird möglichst soweit kommen, dass sich Franken von Bayern löst.

Die Regierung von München hat die Stadt verlassen. Das Ministerium Hoffmann hat einen Auftrag erteilt, dass die bisherige Regierung nur der allgemeine Interessen der Gewalt bleibt, und dass niemand berechtigt ist, irgendwelche Erosion und Beschlüsse zu ertheilen. Der Auftrag ist von Hoffmann unterzeichnet.

Würzburg, 7. April. (Eigener Drahtbericht.) Aufrufe der Soldatenräte in Bayreuth, Bamberg und Ansbach fordern die Arbeiters und Garnisonen Nordbayerns auf, die Anerkennung der Münchener Räterepublik abzulehnen. Kommandos Freitag findet ein Delegiertentag sämtlicher nordbayerischer Soldatenräte in Nürnberg statt. Die Kommunisten entwickeln auch in den nordbayerischen Garnisonen eine intensive Propaganda in Käfern und Fabriken. Die Lage ist völlig angekündigt.

Neuwahlen zum bayrischen Rätekongress

München, 7. April. (Drahtbericht.) Die Korrespondenz Hoffmann meldet offiziell: Der Zentralkomitee der Räterepublik Bayern hat beschlossen, dass die Arbeiter- und Bauernräte nach befreiten Dörfern baldigst neuwählt werden, dass eine Neuwahl der Soldatenräte gleichzeitig erfolgt, und dass im Anschluss daran unverzüglich der Rätekongress einberufen wird. Wahltermine und Wahlordnung werden heute veröffentlicht.

Die zum Rätekongress nach Berlin abgereisten bayerischen Vertreter wurden telegraphisch nach Bayern zurückberufen.

Die Sozialisierung der Universität München

München, 7. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Studentenschaft der Universität München befindet sich in einer Versammlung des Allgemeinen Studentenausschusses, den Lehrgang Senat als abgelehnt zu erklären und die Verwaltung der Universität einem Studentenrat zu übertragen, den ein Fachkolleg von Universitätsprofessoren beigegeben wird. Der Studentenausschuss der Technischen Hochschule und der Handelshochschule in München sowie die Universitäten in Erlangen und Würzburg sind vom Zentralkomitee in diesen Fällen aufgerufen, die entsprechenden Ausschüsse einzurichten.

Abreise der Entente-Kommission aus München

München, 7. April. (Eigener Drahtbericht.) Die in höheren Hotels weilenden Mitglieder der Entente-Kommission zur Studierung der bayerischen Erneuerungskommission erhielten Sonnabend die telegraphische Aufforderung aus Paris, München und Bayern im Falle der Aussetzung der Räterepublik sofort zu verlassen.

Entschließungsverein

Gera, 7. April. (Eigener Drahtbericht.) Eine Hanseatdeputation meidet: Die französische Regierung befragte in der Friedenskonferenz, den Friedensschluss mit Deutschland von der Verhinderung einer verfassungsmäßigen Regierung in Deutschland abhängig zu machen. Andere Bilder erblieben in der Aussendung einer note Ablage Comptoirs an die Institution der Räte in Deutschland.

Tomtom sollen möglicherweise viel der Wettbewerbsabschaffungen. Das wäre freilich nicht allzu viel. Die Schriftleitung.

Kein französisches Reichsgesetz

Jülich, 7. April. (Eigener Drahtbericht.) "Corriere della Sera" meldet aus Paris: Willon, Léon George und Orlando haben die Forderung Frankreichs und Belgien, bei der Teilung der deutschen Schadensersatzsumme ein Privilegium zu erhalten, einstimmig abgelehnt.

Brockdorff-Ranckau über Bündnispolitik

Berlin, 7. April. (Drahtbericht.) Graf Brockdorff-Ranckau vertheidigte einen Vertreter des Berl. Tagbl. eine Unterredung. Auf die Frage, ob der Reichskanzler glaube, dass Deutschland sich künftig Bündnisse gegen seine ehemaligen Verbündeten zu schaffen habe, sagte er: Es scheint, als ob die ganze Welt wieder von der Angst der übermächtigen Koalitionen befallen ist. Es ist sicher richtig, dass gute Bündnisse der Entwicklung der besiegten Staaten auf einige Jahrzehnte genug haben, aber es müssen endlich einmal neue Wege gegangen werden. Über Bündnispolitik irgendeiner Art kann also erst dann gesprochen werden, wenn es sich erweisen sollte, dass die kommenden Friedensverhandlungen keine Plattform für die ehrliche Durchführung des Völkerbundes zu schaffen vermögen, den ich schon einmal als eine Gesellschaft Gleichberechtigter charakterisierte.

* General Ludendorff mit größter Spannung erwartete sogenannte Friedensverhandlungen 1914–1918, drogen und im Juni bei C. G. Müller & Sohn, Berlin, erschienen. Sie wichen über 500 Seiten nebst zahlreichen Karten und Skizzen umfassen.

Die neue Generalstreikagitation

Im "Vorwärts" sechsten Jahrgang der Sozialistischen Zeitung am 7. April 1919.

Naum, dass der Generalstreik im März mit seinem 10. Jahrestag wieder eine Stimme für einen solchen am Tage des 7. April zu machen. Die Agitation dafür wird so gedient betrieben, dass nur ein gewisser Teil der Arbeiterschaft davon unterrichtet ist. Dieser besteht durch die Ausweitung von Gewalt und anderen Mitteln die Arbeiterschaft einen in dem Streik treiben zu können. Wir erwarten von unseren Parteigenossen, dass sie solchen Verlusten mit ganzer Energie entgegenstehen, denn nicht die Reaktion, sondern die Arbeiterschaft ist es, die durch solche Streiks am allerwertvollsten betroffen wird. Nicht eine Befreiung, sondern noch eine weitere Verschlechterung unserer sozialen Schichten wird dadurch herbeigeführt. Wir erwarten darum unsere Parteigenossen, dass nur noch den Willungen, die von unserer Parteidisziplin gegeben werden, zu richten.

Die Möglichkeit eines Generalstreiks nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reich ist sehr nahe gerückt. Die Agitatoren der Unabhängigen und Kommunisten sind schon vor einigen Tagen nach Mitteldeutschland, teils nach Berlin und weiter nach dem Osten, hauptsächlich nach Oberschlesien, gereist, um dort zum Streik aufzurufen. Der Generalstreik soll von vornherein auch auf solche Betriebe ausgedehnt werden, die für die Entwicklung unbedingt erforderlich sind, also auch auf Gas-, Wasser- und Elektro- betriebe.

Besondere Propaganda wird dafür gemacht, dass sich die Eisenbahner an dem Streik beteiligen.

Der Proteststreik der Magdeburger Arbeiter

Magdeburg, 7. April. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend nachmittag wurde der Vorsitzende des Magdeburger Metallarbeiterverbandes Alwin Brandes, Führer der unabhängigen Sozialisten, durch einen Marineoffizier und zwei Matrosen verhaftet. Daranbei sind heute vormittag 35 000 bis 40 000 Arbeiter in den Aufstand getreten. In einer von etwa 10 000 Personen besuchten Versammlung auf dem Domplatz wurde von mehreren Rednern gegen die Verhaftung Brandes, der übrigens Mitglied des Exekutivausschusses des A.- und S.-Kriegs ist, protestiert und mitgeteilt, dass seine Verhaftung erfolgt wäre, nachdem das Mitglied der Nationalversammlung Beimann und andere Mehrheitssozialisten von einer Unterredung mit dem Reichsverteidigungsminister Noske aus Berlin zurückgekehrt seien. Es wurde schließlich eine Entscheidung angenommen, in der energisch Einspruch gegen die Verhaftung Brandes erhoben und in der bestont wird, dass die Arbeit nicht mehr wieder aufgenommen werden soll, als bis die Freilassung des verhafteten Führers erfolgt ist. Wie verlautet, sollen auch noch weitere Verhaftungen stattgefunden haben. Von den Rednern wurde ausdrücklich bestont, dass in diesem Falle die Mehrheitssozialisten und die unabhängigen Arbeiter zusammengehen. Die Demonstranten zogen nach Schluss der Versammlung, die morgen wiederholt werden soll, in geschlossenen Zügen durch die Hauptstraßen.

Teilweise Wiederaufnahme der Arbeit in Düsseldorf

Düsseldorf, 7. April. (Eigener Drahtbericht.) Vergangene Nacht besuchten Truppen des Corps Lichtschlag das Düsseldorfer Elektrolytwerk und sorgten dafür, dass der Betrieb gegen 11 Uhr nicht wieder funktionierte, so dass die Straßen erleuchtet und die Fabrik mit Kraft versorgt waren. Infolgedessen konnten auch die heutigen Morgenblätter erscheinen. Übriges oder Ausschreibungen sind bisher nicht gemeldet. Heute morgen wird in den Düsseldorfer Fabriken meistens nicht gearbeitet, wo Arbeitsmangel erhebt. Sie werden, wie von den Streikenden verhöhnt, so lange vorzugeben, wieder bemühten. Dies geschah z. B. bei der Werkzeugmaschinenfabrik A.-G. Ernst Schieh. Auf der Rheinischen Metallwerke- und Maschinenfabrik A.-G. schwieben heute vormittag lange Verhandlungen mit den Arbeiterschaften. Sie arbeiten aber nur wenige. Der weltweit größte Teil der Arbeiter ist im Aufstand. Der Straßenbahnbetrieb ist heute morgen wieder aufgenommen worden.

In einer gestern in Düsseldorf abgehaltenen Versammlung forderten die Kriegsbeschädigten u. a.: Sofortige Übernahme der Führung durch die Stadtverwaltung und Abschaffung erhöhter Unterstiftung. Nach der Versammlung wurde ein Umzug veranstaltet, dem sich auch zahlreiche Kriegswitwen anschlossen.

* Im Streik in der Berliner Metallindustrie kam es am Sonnabendabend zu einer Auseinandersetzung im Schließungsausschuss, bei der der Vertreter des Demobilisierungskomitees sich dem Standpunkt der Arbeitgeber anschloss. Demgegenüber wird der Schiedsspruch, dessen Veröffentlichung Montag zu erwarten ist, zwar in bezug auf die Gewaltstötung sehr zugunsten der Angestellten ausfallen, aber hinreichlich des Mitbestimmungsrechtes bei Rücksicht auf dem Standpunkt der Arbeitgeber angeschlagen.

* Zum Fall der Verhaftung des Telegrapheninspektors Schmidt wird uns von diesem unter 3. April mitgeteilt: Vor verschiedenen Seiten ist der heutige Minister für Militärsachen, Herr Neuring, zu Unrecht mit meiner Verhaftung in Verbindung gebracht worden. Ich halte es für meine Pflicht, ausdrücklich die Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, dass der Herr Minister mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun hat.

Kunst und Wissenschaft

Vermehrung der Sammlungen des Deutschen Kunstmuseums. Der in Badgewerbekreisen und bei Büchern und Bildern als Kunstsammler bekannte Herr Sonnabend aus Leipzig, bei dem Deutschen Kunstmuseum in Leipzig die von ihm angelegten Blattkataloge älter und moderner Buchbinden geliefert werden. Die erste Abteilung umfasst Werkbund-Einfände, die nicht, wie es sonst meist geschieht, mit Werkstatt, sondern wie in England ähnlich, mit Schaffenswuchs hergestellt werden. Neben den Werkbunden enthält die Sammlung eine große Anzahl von Photographien und Reproduktionen historischer Einfände. In ähnlicher Weise ist die zweite Abteilung ausgebaut, die historisierenden Einfände. Sehr reich ist die dritte Abteilung der überwiegenden Sammlung, die Objekte und Entwürfe moderner Einfände. Nicht minder bemerkenswert ist die Abteilung Buchumschläge, Signale, Schriften. Es folgen Vorlagen für jeden einzelnen Buchtitel: Rücken, Deckel, Schlitzen und Monogramme. Die Schenkung ist um so wertvoller, als die Sammlungen aus der Praxis für die Praxis geschaffen wurden, so dass sie mit Nutzen verwendet werden können.

* Sir William Crookes ist, wie uns aus dem Hause gemeldet wird, in London im 87. Lebensjahr gestorben. Er war der Begründer der "Chemical News" und Herausgeber des "Quarterly Journal of Science". 1881 entdeckte er mit Hilfe der Spektroskopie des Thiomal mit dem Studium der Strahlungseigenschaften beschäftigte. 1874 das Radiometer. Bei seinen Untersuchungen über die Strahlung beim Durchgang elektrischer Ströme durch möglichst lösliche Adams. Setzte er den Begriff der "strahlenden Materie" auf. Belehrte der Gelehrte ein stürziger Verfechter der Realität spiritueller Erfahrungen.

* Hochschulnachrichten. Der Vorsteher eines Hochschulvereins für Medizin der Akademie in Berlin

Leipzig und Umgebung

Handwerk und Deutsche Demokratische Partei

Die am 3. April 1919 in der "Guten Ecke" abgehaltene Versammlung des 9. Bezirks der Deutschen Demokratischen Partei für Leipzig und Umgebung eröffnete Herr Jahr als Bezirkobmann und erzielte nach einer kurzen Begrüßung Abgeordneten Lebter Claus das Wort zu seinem Vortrag: "Was ist für unseren Handwerkerstand zu tun?" Der Redner führte aus, daß, nachdem Deutschlands Wohlstand durch den Krieg vernichtet worden ist, nur eine Zusammenfassung aller Kräfte es vor dem nördlichen wirtschaftlichen Untergang retten kann. Die Entente macht uns dies durch die Wegnahme unserer Flotte und Maschinen, und durch die Absicht, im Westen uns die unentbehrlichen Industriegebiete, im Osten die Hauptvertriebsgebiete zu entziehen, unmöglich. Aber noch schwerer wiegt die innere Gefahr. Spanische Streiks und wildes Sozialistieren zerstören alle Kräfte. Grundätzlich tritt die Demokratische Partei für eine Verstaatlichung nur dort ein, wo sie eine wirtschaftliche Notwendigkeit für die Allgemeinheit verspricht. Davor befürwortet sie die Verstaatlichung der Raffinerien und großen Betriebsunternehmungen. Der Redner befürchtet dann die kommunistischen Pläne Dr. Neuraths und wies nach, daß sie das Prinzip der Faustballt in sich tragen, daß sie die Menschen nicht glauben machen würden, sondern zur Masse. Die Sozialisierung bedroht in erster Linie den Handwerkerstand, der von der Sozialdemokratie nichts zu erwarten hat, mit dem Untergang. Wie aber glauben an die Unentbehrlichkeit des freien Handwerkers, dessen Zukunft auf dem Gebiete der Qualitätssarbeit liegt. Der Handwerkerstand ergänzt sich aus Arbeitern, die durch Sparen es zum selbständigen Betrieb gebracht haben. Diesen gesunden Zustand muß der Staat schon. Sehr schwer hat der Handwerkerstand durch den Krieg gelitten, auch jetzt hat sich seine Lage infolge des Rohstoffmangels und der Zurückhaltung des Publikums mit Aufträgen nicht verbessert.

Wie ist dem Handwerk nun zu helfen? 1. durch Selbsthilfe. Der Handwerker muß sich organisieren, muß Verbundene werden, auch wenn ihm das nicht liegt. Er muß sich in Produktionsgenossenschaften zusammenführen, wodurch er große Staatsaufträge erhalten kann. Er muß Kreditgenossenschaften bilden, da der Gemeine oft nicht den nötigen Kredit erhält. Freilich muß sich der Handwerker an einer ordentlichen Buchführung gewöhnen, sonst wird ihm niemand etwas geben. Der Redner ist nicht für die Zusammensetzungen und glaubt nur an den Reichen freiwilliger Organisation; 2. durch Staatshilfe. Da der Handwerker ohne seine Schuld in den Zusammenbruch geraten ist, so ist der Staat auch zur Unterstützung verpflichtet. Dafür treten alle Parteien, außer der U. S. P., ein. Es müssen die Kriegsnotspeise zum Schutz des Handwerkers bestehen bleiben. Die Verordnung über den Arbeitstag muß fallen; denn viele Gewerbearten würden dadurch ruiniert (z. B. Bäckerei). Auch die Saisongewerbe können ihn unmöglich drausen, vor allem die Landwirtschaft. Hier müßte wenigstens eine Jahresumrechnung der Arbeitszeit festgesetzt werden. Die Sozialdemokratie tritt hier anstrengende Prinzipien vor. Die Landesverwaltungsstelle für Rohstoffe muß helfen; sie kann dem Handwerke durch Anweisungen viel nützen (z. B. bei Staatsaufträgen und so weiter). Durch einen Genossenschaftsstadt soll wie im Auge des Handwerkers zu guten Bedingungen Kredit gewährt werden, die Summe von 2500 M. muß erhöht werden; wenn der Staat bisher die Wirtschaft zu 5% den Gemeinden überließ, so soll er sie jetzt selber mindestens zur Hälfte übernehmen. — Auch auf dem Gebiet der Schule muß noch viel geschehen. Es ist gut, daß das Einjährigen-Jugendliche megafallen ist, denn es hat gerade die besten Klüppen des Handwerkerstandes entzogen. Ein guter Fachunterricht würde dem Handwerk wesentlich helfen. Auch für die Lehrlingsbildung muß der Staat viel mehr sorgen als bisher. — Die Demokratische Partei wird sich mit aller Kraft in der Volkskammer für den Handwerkerstand einzehlen, da sie von seiner Unentbehrlichkeit überzeugt ist.

In der Aussprache ging Oberbürgermeister-Sondikus Herzog auf die Sozialisierung, die Schulung der Handwerker und den Stand des Handwerks ein. Dr. Lütke schloß sich den Ausführungen des Vortragenden an und erläuterte an einigen Beispiele die praktische

Un durchführbarkeit der kommunistischen Bestrebungen. Nach dem Schlusswort des Abgeordneten Claus schloßte ein Deutschkollege, Dr. Koch, die Versammlung in Ruhland und den russischen Sozialismus aus eigener Erfahrung. In anschaulicher Weise erzählte er einzelne Episoden aus der russischen Revolution und verwob das Selbstleben zu einer kurzen Skizzierung ihres Entwicklungsganges. Mit einem Dank an die Vortragenden schloß Herr Jahr die anregend verlaufene, gutebesuchte Veranstaltung.

* Privatunterricht und Privatschulen. Das Ausbildungswesentum hat eine Verordnung erlassen, wonach Privatunterricht im Sinne des Volksschulgesetzes vom 26. April 1878 nur insoweit zulässig ist, als es sich um Hausunterricht für Kinder einer einzelnen Familie handelt. Zur Teilnahme nicht zur Familie gehörige Kinder an solchem Unterricht bedarf es der Genehmigung der obersten Schulehrer. Unterrichtsveranstaltungen für Schüler, die sich wegen ihrer körperlichen und geistigen Veranlagung und Gesundheit nicht zum Besuch der allgemeinen Volksschule eignen, müssen den gesetzlichen Anforderungen für Privatschulen entsprechen, wenn nicht als solche Schüler beteiligt sind. Die mit Genehmigung der obersten Schulbehörde eröffneten Privatschulen können bis auf weiteres im lebhaften Umfang weitergeführt werden. Die Bildung neuer Klassenzüge in diesen Anstalten ist unzulässig.

* Verlängerung des Kommandantenunterrichts in Sachsen. Im Hinblick auf die Einführung des Kriegsmusunterrichts in den Volksschulen hat das Dresdner Landeskonsistorium in einer Verordnung, die in den nächsten Tagen ausgegeben werden wird, angeordnet, daß der Kommandantenunterricht in diesem Jahre bereits Mitte Mai (nach dem Sonntag Jubilate) beginnen soll. Diese Verlängerung des Unterrichts, die für die Bevölkerung eine starke Mehrbelastung bedeutet, ist auf andere Landeskirchen Deutschlands bereits seit langem eingeführt. Sie soll, wie die Sachsen eine starke Mehrbelastung bedeutet, einer gründlichen Neuordnung der Dauer und Gestaltung des Kommandantenunterrichts durch spätere Bestimmungen nicht vorgelassen.

* Jahrespreisermäßigung für Stadtkinder zum Landauftenthalt. Auch in diesem Jahr werden bedürftige Stadtkinder, die im Interesse einer besseren Erziehung zu einem mindestens vierwöchigen Aufenthalt auf Land geschickt werden, in Bereiche der tschechischen und preußischen Staatsseilbahnen auf der Hin- und Rückfahrt in der 3. Klasse befördert. Die Vergünstigung wird auch den Begleitpersonen gewährt, ist jedoch an Sonn- und Festtagen wie auch für Schnellzüge ausgeschlossen.

* Pässe für Reisen nach Böhmen. Unter Hinweis auf die großen Schwierigkeiten und Zeitverluste, die damit verbunden sind, daß seit 24. März jeder Tag für eine Reise nach Böhmen vor der Grenzüberschreitung an das Ministerium des Innern in Prag zur Erlangung eingehandelt werden muß, ist der Handelskammer Dresden beim Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten dahin vorstellig geworden, daß bis zur Errichtung eines tschechisch-slowakischen Konsulates in Dresden ein Beamter der tschechisch-slowakischen Regierung dem tschechischen Konsulat in Dresden für die Mithilfe bei der Erteilung von Reisepässen beigegeben werde. (Für Leipzig wäre eine gleiche Maßnahme sehr angebracht in der Richtung, daß hier ebenfalls ein Beamter der neuen Regierung die gleiche Befugnis erhielte.)

* Die Deutsche Demokratische Partei für Leipzig und Umgebung. 7. Bezirk, hält heute abend 18 Uhr im "Eiskeller", Leipzig-Connewitz, eine Mitgliederversammlung ab, in der Präsident Dr. Braun über "Demokratie und Sozialismus" spricht.

* Lößnitz, 6. April. Die bissige Postagentur ist am 1. April in ein Postamt III umgewandelt worden. Die Dienststunden des neuen Postamtes für den Verkehr mit dem Publikum sind festgelegt: für die Werkstage auf die Zeit von 8—12 Uhr vorm. und 2½—5 Uhr nachm.; für die Sonntage auf die Zeit von 8—9 Uhr vorm. und 11—12 Uhr vorm.

wieder 6% Dividende verteilt werden sollen; 41 479 (44 558) M. kommen auf neuen Vortrag. In der Bilanz werden ausgewiesen: Kasse und Guthaben bei Notebanken mit 1.28 (0,84), Wechsel mit 9,31 (5,95), Nostroguthaben mit 7,77 (4,59), Wertpapiere mit 1.07 (0,96), Debitor mit 2,75 (8,82) und Kreditoren mit 18,48 (13,51) Mill. Mark.

* Rosenthal Bank in Rostock. Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1918 schließt mit einem Gesamtmittel von 1 230 199 (I. V. 1 170 999) M. ab. Hierzu erforderten Zinsen auf Spareinlagen 681 223 (512 536) M. Steuern 17 555 (7752) M. Kosten 350 778 (288 095) M. Rückstellung für Erneuerungsscheine 8000 (8000) Mark, Abschreibung auf Bankgebäude 25 000 (20 000) M. und Abschreibung auf Geschäftseinrichtung 8103 M. Der Reinogewinn beträgt 310 539 (383 609) M.; die Dividende ist bekanntlich mit 5 Proz. (wie I. V.) auf die Vorzugsaktien und mit 4 (0) Proz. auf die Stammaktien vorgeschlagen.

* Festsetzung von Kohlenhöchstpreisen. Der Reichswirtschaftsminister hat nunmehr Höchstpreise für Kohlen festgesetzt, um die vom Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat beschlossene Kohlenpreiserhöhung unmöglich zu machen. Die festgesetzten Höchstpreise entsprechen den am 31. März 1919 in Geltung gewesenen Verkaufspreisen des Syndikats und gelten vom 1. April 1919 ab. Die endgültige Verordnung wird in den nächsten Tagen erscheinen.

* Gewerkschaft Verein, Trappe in Silscheide. Die Gewerkschaft verteilt wieder eine regelmäßige Ausbeute von 75 M. je Kux. Bekanntlich wurde Ende Januar außerdem eine Sonderausbeute von 100 M. bar und 100 M. in Kriegsanleihe bezahlt. Im letzten Viertel 1918 wurden 75 M. bar und 100 M. in Kriegsanleihe ausgeschüttet. Im ersten Vierteljahr 1918 betrug die Ausbeute nur 50 M.

* Hohenlohwerk. Generaldirektor Schaltenbrand, der im August 1918 seine Entlassung erbeten hatte, hat, wie die Gesellschaft jetzt mitteilt, sein Amt mit dem 31. März d. J. niedergelegt. Er wird in der nächsten Generalversammlung zur Wahl in den Aufsichtsrat vorgeschlagen.

lg Eisenwaren vorm. Nagel und Kaemp, Akt.-Ges., in Hamburg. Nach dem Bericht für 1918 beträgt der Überschuß ein schließlich Vortrag 1.35 (I. V. 1.37) Mill. Mark. Gehälter erforderten 0,76 (0,80), Abschreibungen 0,09 (0,10) Mill. Mark. Aus dem Reinogewinn von 200 580 (285 615) M. sollen bekanntlich 8 (12) Proz. Dividende verteilt und 6875 (6430) M. neu vorgetragen werden. Es wird großer Anstrengungen bedürfen, um das Werk in ruhige Zeiten hinüberzuleiten. Der Eingang neuer Aufträge hat sich weiter verschlechtert. Über das voraussichtliche Ergebnis des laufenden Jahres lädt sich ein Überblick noch nicht gewinnen.

* Concordia, Spinnerei und Weberei, Akt.-Ges., in Bunsen und Marklissa. Der Abschluß für 1918 weist nach Abschreibungen von 151 870 (I. V. 335 030) M. einen Reinogewinn, einschließlich Vortrag, von 603 424 (783 127) M. aus. Hieraus soll, wie bereits gemeldet, eine Dividende von wieder 12 Proz. ausgeschüttet werden, während 66 481 (132 375) M. auf neue Rechnung kommen. Die Aussichten für das neue Jahr sind, dem Geschäftsbereich zufolge, ungewiß in Anbetracht der ungeklärten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. — In der Bunsener Bankkasse sind die Bestände der Privatnotenbanken an Darlehnskassenscheinen, nicht einbezogen die auf Grund des Gesetzes vom 22. März 1915 (RGBl. Seite 179) als Deckung für ausgegebene Reichskassenscheine zurückgestellten 120 Mill. Mark. Zu dieser beträchtlichen Ausdehnung des Zahlungsmittelbedarfs in der letzten Märzwoche trug die Einführung des außer Kurs gesetzten Notgeldes der Kommunen usw. nicht unwe sentlich bei. Im Zusammenhang mit den Vereinbarungen über die Lebensmittelzufuhr nahm der Goldvorrat in der Berichtswoche beträchtlich, nämlich um 272,8 auf 1016 Mill. Mark. an. Die Bestände an Scheindmünzen und Reichskassenscheinen zeigten nur unwesentliche Veränderungen. Der Darlehnsbestand bei den Darlehnskassenkassen war infolge bedeutender Neuanschaffungen in der Berichtswoche eine erhebliche Steigerung, und zwar um 987 auf 17 872 Mill. Mark an. Ein dieser Zunahme entsprechender Betrag an Darlehnskassenscheinen floß in die Reichsbank, die ihrerseits, wie oben erwähnt, 381,5 Mill. Mark an diesen Geldzeichen neu in den Verkehr gab. Die eigenen Bestände der Bank an Darlehnskassenscheinen erhöhten sich auf 674,8 Mill. Mark.

* Elberfelder Bankverein. Nach dem Bericht für 1918 betrugen die Umsätze 885,22 (I. V. 551,22) Mill. Mark. Der Rohgewinn einschließlich Vortrag stellte sich auf 1,04 (0,98), der Reinogewinn auf 0,85 (0,55) Mill. Mark, aus dem bekanntlich

Sächsische Nachrichten

* 1. April. Der Gemeinsame Bauverein e. G. m. b. H. beschloß, von der Stadt auf dem sogenannten Eichigt 30 000 Quadratmeter Boden anzukaufen zum Preis von 60 Pf. für das Quadratmeter und für weitere 20 000 Quadratmeter sich das Vorkaufrecht zu sichern. Mit dem Bau von Häusern soll sofort begonnen werden. Der Bezirksoberbaurat der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg und die Firma A. Wellmer Söhne traten dem Bauverein mit je 30 000 Mark bei.

* Löbau, 6. April. Ein vorüber Rücksprung der Miliz-erzeugung im bisherigen Vierjahr ist jetzt amtlich festgestellt worden. Gegenüber einem Mitteljahrzehnt der Gemeinden von 189 288 Liter noch ist es um Hausunterricht für Kinder einer einzelnen Familie handelt. Zur Teilnahme nicht zur Familie gehörige Kinder an solchem Unterricht bedarf es der Genehmigung der obersten Schulehrer. Unterrichtsveranstaltungen für Schüler, die sich wegen ihrer körperlichen und geistigen Veranlagung und Gesundheit nicht zum Besuch der allgemeinen Volksschule eignen, müssen den gesetzlichen Anforderungen für Privatschulen entsprechen, wenn nicht als solche Schüler beteiligt sind. Die mit Genehmigung der obersten Schulbehörde eröffneten Privatschulen können bis auf weiteres im lebhaften Umfang weitergeführt werden. Die Bildung neuer Klassenzüge in diesen Anstalten ist unzulässig.

* Löbau, 6. April. Die bissigen Landwirte schlossen sich zu einem Bezirksoberbaurat der Landwirte in der Amtshauptmannschaft Löbau zusammen. In der Gründungsversammlung wurde in einer Entschließung festgelegt, daß sich die Löbauer Landwirte im Interesse der Volksversorgung an die Landarbeitsordnung nicht gebunden halten.

* Kamenz, 5. April. Eine 41 Jahre alte Arbeiterin erkrankte, die heimlich geborenes Kind vergraben zu haben. — In Crottau wurde eine 24 Jahre alte Mutter verhaftet, die heimlich geboren und das Kind, in der Absicht es zu töten, in die Aborigine geworfen hatte. Das Kind konnte gerettet werden.

* Aus den Nachbarstaaten

* Altenburg, 6. April. Die Viehhilfe an militärischem Eigentum mehren sich hier in erschreckender Weise. So wurden höchst aus der Bekleidungskammer des Freiwilligen-Bataillons in der Ernst-Kaserne 15 neue Röcke aus grauem Tuch, 24 neue Hosen, 10 Paar neue Stiefel, 10 graue Zeltbahnen, 60 Paar Strümpfe und vieles anderes Militärgut gestohlen.

* Steinach, 6. April. Ein Thüringer Hamster, der Arbeiter Matthias aus Steinach (S. M.) stahl in Schleusingen auf dem Bahnhof den Viehfeldwebel habe der Sabotage in die rechte Hand. Im Handgemenge mit der Schuhwoche wurde dann Matthias von einer Angel tödlich getroffen. Hermann Matthias war erst vor einigen Wochen aus dem Felde zurückgekehrt. Er besteht neben anderen Auszeichnungen das Eiserne Kreuz 1. Klasse. Auch sein Bruder, der Kriegsmalille ist, wurde bei dem Vorgange verwundet.

* Lebensmittelkalender für Dienstag, 8. April

* Für Handelslizenzen.

Anmeldung: Leipziger: Leichter Tag — abgegeben 8 C und 8 der Lebensmittelkarte Reihe C (100 Gramm); Fleischmarkenstreifen 3 1—8 (100 Gramm). — Gruppen: Leichter Tag — abgegeben 11 C und 8 der Lebensmittelkarte Reihe F (250 Gramm); Marken: S 1 M, S 2 M und S 3 M der Lebensmittelkarten S 1, S 2, S 3 (32) für Kinder bis zu 2 Jahren (250 Gramm).

Ausgabe: Nährmittel, Mehl, Zucker für Kinder bis zu 2 Jahren: Beginn — bestellt mit den Marken mit der Ziffer 4 der Lebensmittelkarten S 1, S 2, S 3. — Nährmittel für Schwangere: Beginn — bestellt mit S 1—2 der Sonder-Lebensmittelkarte F. 2. — Fische: Bis 21. April mit 1001—2000 der Haushaltarkart (ohne Anspruch auf Besteuerung).

* Für Süßwaren.

Milch: Milchkarteneinführung durch die Milchhändler Nr. 21 bis 500. — Margarine für Süßwaren: Leichter Tag der Warenentnahmen, Ritterstraße 11/13, durch die Verkaufsstellen. — Butter: Bezugnahmen durch die Großhändler.

* Maschinenfabrik Karl Krause in Leipzig. Dem Vorsteher der Einkaufsabteilung, Herrn Adolf von Zschau, ist Gesamtprokura erteilt worden, daß er mit einem anderen Prokuristen zusammen die Firma zu zeichnen berechtigt ist.

* Vom Hopfenmarkt wird uns aus Nürnberg unter dem 5. April geschrieben: In anderen Jahren wird um diese Zeit der Hopfenstock bei reuter Kultur genommen, die Pflanze wird aufgedeckt und der Schnitt beginnt allmählich. Diesmal hat die fortgesetzte nässliche Verzögerung auf die Feldarbeiten gewirkt, so daß von dem Zustand der überwinternten Pflanze noch nicht viel gesagt werden kann.

* Das Geschäft läuft am bissigen Markt verlier in der verflossenen Woche ein und zeigt in Stimmung und Preisen keine Veränderung; beide sind als fest zu bezeichnen. Mit der Bahn kann 50 Stück zur Abholung und verkauft wurden 110 Ballen. Die Entnahmen verteilten sich auf Markthöfen zu Preisen zwischen 440 und 460 M. Hallertauer und mit ohne Siegel zu 450 und 500 M. Württemberger zu 450 bis 470 Mark. Außerdem gingen von 1917er Hopfen einige Partien zu 210, 240 und 250 M. sowie einige hundert Zentner ältere Jahrgänge zu 80 M. in anderen Besitz über.

* Dividendenberklärungen

Gewerbebank zu Chemnitz 6 (5) Proz. aus einem Reingewinn von 21 248 M.

* Stahl & Federer, Akt.-Ges., in Stuttgart 6 (I. V. 7) Proz. aus einem Gewinn von 1 049 007 (I. V. 1 166 166) M.

* Wasserwerk für das nördliche Kohlenrevier in Gelsenkirchen wieder 8% Proz.

* Hallesche Kaliwerke 10 (I. V. 6) Proz.

* Hufa, Hoch- und Tiefbau-Akt.-Ges., in Breslau 8 (L. V. 4) Proz.

* Ostsiedler-Buchdruck- und Verlagsanstalt, Akt.-Ges., in Posen 5 (I. V. 4) Proz. aus einem Reingewinn von 62 070 (61 285) M. nach Abschreibungen von 139 376 (80 240) M.

* Rheinisch-Westfälische Bauindustrie, Akt.-Ges., in Hagen 10 (I. V. 20) Proz.

* Bayerische Wolledeckenfabrik Brückmühl, Akt.-Ges., in München 9 (I. V. 12) Proz.

* Hamburg-Bremers Feuerversicherungs-Gesellschaft in Hamburg wieder 8 Proz.

* Hotel Dösch wieder dividendenlos.

* Sanitas, Akt.-Ges., in Hamburg wieder 10 Proz.

* Wir sind beauftragt, die für das Geschäftsjahr 1919 auf 8% festgesetzten Gewinnanteile der Berliner Handels-Gesellschaft zur Auszahlung zu bringen.

Leipzig, den 7. April 1919.

<p